

Datum: 14. Dezember 2014

Kein Ende der Schulden in Sicht

Uwe Hentschel

Mehr als 134 Millionen Euro will der Eifelkreis Bitburg-Prüm im kommenden Jahr einnehmen - viel Geld, das aber am Ende doch nicht reichen wird. Denn unterm Strich wird mit einem Defizit von knapp 6,5 Millionen Euro gerechnet. Am Freitagabend hat der Kreistag den Haushalt verabschiedet. Allerdings ohne die Zustimmung von FDP und Linken.

Kyllburg. Mit einem kleinen Rollkoffer im Schlepptau zieht Aloysius Söhngen durch die Hochstraße. Der Bürgermeister der VG Prüm ist auf dem Weg zur Kreistagssitzung. Es ist die letzte Sitzung des Jahres. Und die wird traditionsgemäß nicht im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, sondern jedes Jahr an einem anderen Ort des Eifelkreises veranstaltet. Diesmal wurde das Kyllburger Hotel Eifeler Hof als Veranstaltungsort für die Kreistagssitzung ausgesucht.

Und in dem kleinen Koffer, den CDU-Kreistagsmitglied Söhngen hinter sich herzieht, ist der Haushaltsplan 2015. In der Vergangenheit war es so, dass den Kreistagsmitgliedern der Haushalt zugeschickt wurde. Doch aus ökologischen und ökonomischen Gründen wurde diesmal darauf verzichtet. Stattdessen können die Ratsmitglieder das komplette Haushaltswerk im Internet nachlesen. Und wer möchte, kann sich das gewaltige Zahlenwerk auch selbst ausdrucken. Der Prümer VG-Chef hat das getan und damit dem Kreis einiges an Personal-, Material- und Portokosten erspart. Retten konnte Söhngen den Kreishaushalt damit allerdings nicht.

Größter Posten: Sozialausgaben

Der schließt im Ergebnishaushalt nämlich mit einem Defizit von 6447 042 Euro ab. Und der Kreis geht davon aus, dass der jährliche Fehlbetrag bis 2018 auf knapp 8,5 Millionen steigen wird. Weit über 134 Millionen werden laut Haushaltsplan 2015 eingenommen. Mehr als 140 Millionen Euro gibt der Kreis auf der anderen Seite wieder aus.

Größter Posten sind die Ausgaben im sozialen Bereich. Dort wird im kommenden Jahr laut Haushalt mit rund 41 Millionen Euro fast doppelt so viel ausgegeben wie eingenommen.

Kritik an kostenlosen Kitaplätzen

Rund 20,2 Millionen - und dieser Betrag entspricht annähernd auch der Höhe der Personal- und Versorgungsaufwendungen - will der Kreis darüber hinaus 2015 investieren. Und das vor allem in Schulen und Straßen. Mit 26,7 Millionen beteiligt sich der Kreis an der Unterhaltung und dem Ausbau der Kindertagesstätten.

Dass der Kreis deutlich höhere Ausgaben als Einnahmen hat, liegt nach Auffassung der CDU-Fraktion auch daran, dass das Land auf Kosten der Kommunen spare. Das geht auch aus einem entsprechenden Haushaltsantrag der CDU hervor. In dem wird unter anderem kritisiert, dass das Land die Eltern von den Kita-Beiträgen freigestellt habe, die dadurch jährlichen entstehenden Mehrkosten jedoch von den Kommunen getragen werden müssten (der TV berichtete). Die CDU fordert deshalb mit ihrem Antrag die rot-grüne Landesregierung dazu auf, sich an das so genannte Konnexitätsprinzip zu halten. "Wer bestellt, der bezahlt", so die Meinung der CDU.

Im Rat wird dieses Konnexitätsprinzip nicht infrage gestellt. Auch nicht von den Vertretern der SPD und der Grünen. Letztlich stimmen sie dem Antrag allerdings nicht zu, was auch damit begründet wird, dass es ja schließlich nicht nur die SPD-geführte Landesregierung sei, die Geschenke auf Kosten der Kommunen mache, sondern auch die CDU-geführte Bundesregierung. Mit 18 Ja-Stimmen, zwölf Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird der CDU-Antrag dennoch gebilligt.

Genehmigt wird auch der Haushalt 2015, dem nahezu alle Mitglieder zustimmen. Dagegen ist lediglich die FDP-Fraktion, die vor allem die hohen Personalkosten kritisiert. Die Linke, die mit einem Vertreter die kleinste Gruppe des Kreistags ist, enthält sich.

Extra

CDU: "Wir stimmen dem Haushalt zu, weil der Kreis sich auf der einen Seite bemüht, sparsam zu haushalten, gleichzeitig aber auf eine Umlageerhöhung verzichtet", sagt Aloysius Söhngen von der CDU. Die hohen Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich führt Söhngen auch auf die zunehmende "Entfamiliarisierung der Gesellschaft" zurück. Was die anstehende Sanierung der Kreishäuser betrifft, für die auf mehrere Jahre verteilt insgesamt 5,77 Millionen Euro veranschlagt sind, so plädiert Söhngen dafür, "das Nötige zu machen und das Wünschenswerte zu sparen". **SPD:** "Wir tragen die Sanierung des Kreishauses nur mit, wenn damit keine Erhöhung der Kreisumlage verbunden ist", sagt Bernd Spindler, Fraktionssprecher der SPD. Auch seine Fraktion stimme dem Haushaltsentwurf für 2015 zu - trotz der hohen Ausgaben. "Etwas besseres, als in Schulen und Kitas zu investieren, gibt es nicht", so Spindler. **FWG:** "Bei Erträgen von 134 Millionen Euro müsste man doch eigentlich meinen, dass das reicht", sagt Christine Kausen von der FWG, die zum ersten Mal an einer Haushaltssitzung teilnimmt. Auch sie fordert einen Finanzausgleich im Sinne des Konnexitätsprinzips. Allerdings, so Kausen, gelte das nicht nur für Forderungen des Landes, sondern auch für Vorgaben, die vom Bund oder der EU kämen. **Grüne:** Für Helmut Fink von den Grünen ist das Ergebnis des Haushaltsentwurfs "ernüchternd und frustrierend zugleich". Dennoch hält auch er die Investitionen für wichtig. "Wir müssen uns einen finanziellen Gestaltungsfreiraum erhalten, sonst wird die kommunale Selbstverwaltung zur Farce", sagt Fink. Und dazu gehört für ihn auch die Sanierung der Schulgebäude. "Schulen müssen zu attraktiven Lernorten umgebaut werden." **FDP:** Für Marie-Luise Niewodniczanska von der FDP-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, warum kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann. "Die Steuern sprudeln wie noch nie, die Arbeitslosenquote liegt unter drei Prozent, und die Zinsen für Kredite sind extrem niedrig", sagt sie und kritisiert vor allem die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und den damit verbundenen Personalkostenanstieg um mehr als eine Million Euro. Ihre Fraktion werde gegen den Haushaltsentwurf stimmen. **Linke:** Marco Burbach, der als einziger für Die Linke im Kreistag sitzt, enthält sich bei der Abstimmung des Haushalts und begründet dies damit, dass Bund und Land die Kreise mehr unterstützen müssten. Was die geplanten Ausgaben und Investitionen betrifft, so hält Burbach diese trotz Stimmenthaltung für richtig. "Schulden sind nicht unbedingt schlecht", sagt er, "sie sind eine Investition in die Zukunft." uhe